Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 21 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 14. Januar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰, die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Kämpfe vor dem Reichstag

Neueste Tagesnachrichten

* In Berlin kam es vor dem Reichstagsgebäude anläßlich der Wiederaufnahme der Arbeit der Nationalversammlung zu ernsten Zusammenstößen.

* Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist äußerst ernst. Personenzüge fahren nicht mehr. Die Lebensmittelversorgung in Essen ist nur mit äußersten Mitteln aufrecht zu erhalten.

* Der Reichspostminister hat den Posthilfsbeamten und Telegraphenbeamten eine neue Lohnerhöhung versprochen.

* Die deutsche Regierung hat in einer Verbalnote an die Entente Protest gegen die Beeinflussung der Kriegsgefangenen zugunsten der polnischen Abstimmung erhoben.

* Zum Präsidenten des Völkerbundes wurde Viscount Grey ernannt.

* Aus Hessen und Franken kommen bedrohliche Hochwassermeldungen. Main und Fulda sind über ihre Ufer getreten.

Ein Appell in letzter Stunde!

(Der Zweck des Betriebsrätegesetzes.)

Von Dr. Karl Ziegler, Berlin.

Als Grundzweck des Betriebsrätegesetzes soll durch Konzession an die Räteidee die Sicherung des sozialen Friedens herbeigeführt werden. Das ist jedoch ein Versuch, der unbedingt zum Mißerfolg führen muß; denn sozialer Frieden und Räte-Idee sind die stärksten Gegensätze. Das Betriebsrätegesetz will sich auf den Boden des Zusammenarbeitens zwischen Arbeiter und Unternehmer stellen, die Räte-Idee bezweckt solange Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer, bis die Vernichtung des Unternehmertums herbeigeführt ist.

Die „Freiheit" hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, uns von der letzten Unklarheit über die Anschauungen der hinter ihr stehenden Arbeiterschaft über das Betriebsrätegesetz zu befreien. In dem Aufsatz vom 7. Januar 1920 „Der Zweck des Betriebsrätegesetzes" empfindet sie es als Hohn und Spott, daß man ein Gesetz über die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft machen und dabei im ersten Satze roh und nackt die Vertretung der kapitalistischen Interessen von dieser neuen Körperschaft fordert. „Kapitalistische Interessen" sieht nämlich die „Freiheit" in der „Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke", die neben der Wahrung der Arbeiterinteressen die Grundaufgabe der Betriebsräte sein soll. „Selbst das Hilfsdienstgesetz der grausigen Kriegszeit mit seiner Schützengrabendrohung habe von den Arbeiterausschüssen nicht zu fordern gewagt, daß sie sich zu Unterstützungen des Arbeitgebers verpflichtet fühlen sollten". In diesen Worten ist klipp und klar gesagt, daß der Teil der Arbeiterschaft, der hinter der „Freiheit" steht, nicht das Zusammenarbeiten mit dem Unternehmer will, und daß somit der Grundgedanke des Betriebsrätegesetzes in dieser Form undurchführbar ist. Bezeichnend ist auch, wenn sich die „Freiheit" darüber aufregt, daß die Betriebsräte sogar von rechtswegen (sogar unter Strafandrohungen) diese Pflicht erfüllen sollen. Es ist ihr vollkommen unerklärlich, daß mit Rechten auch Pflichten verbunden sein können, und daß die Betriebsräte nicht nur dazu bestimmt sein sollen, um den Arbeitern das Leben so angenehm wie möglich zu machen, sondern auch der Förderung der Produktion zu dienen haben. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß man den Betriebsräten nicht Vertrauensrechte, wie Sitz im Aufsichtsrat und Eröffnung der Bilanz, übertragen kann. Denn es ist unzweifelhaft, daß sie alle Eröffnungen sofort zum Kampf gegen das Unternehmertum ausnutzen würden. Wie die Bedeutung des Geschäftsgeheimnisses eingeschätzt wird, geht aus folgenden Sätzen desselben Aufsatzes hervor: „Wer aber gar so antikapitalistisch auftritt, indem er schäbige Geschäftsgeheimnisse seines Profitmachers offenbart, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft."

Aus diesem Geiste heraus ist auch die Stellung der Gewerkschaftskommission zu dem Betriebsrätegesetz erklärlich. Auch hier tritt eine schroffe Ablehnung zutage, und die Forderungen, die die Gewerkschaftsvorstände stellen, sind bei dieser Kampfstellung vollkommen unannehmbar. Sie verlangen volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, die Einsichtnahme in die Lohnbücher, sowie in die Bilanzen und in die dazu gehörigen Unterlagen, sozial ausgleichende Strafbestimmungen für Betriebsleitung und Arbeitnehmervertretung, gemeinsame Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter), die Möglichkeit jeweiliger Abberufung der gewählten Vertreter durch die Wähler und uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht der Arbeitnehmer, Koalitionsfreiheit auch der Arbeitnehmervertretung. In einer Atmosphäre, in der der Klassenkampf und die Vernichtung des Unternehmertums täglich gepredigt wird, bedeuten diese Forderungen den Ruin des Unternehmertums und somit den Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft nach russischem Muster.

Trotzdem können wir froh sein, daß die Arbeiterschaft ihre Ansicht so klipp und klar ausgesprochen hat. Denn vielleicht werden dadurch der Regierung die Augen geöffnet, welch einen Mißgriff sie mit ihrem Beharren auf dem Betriebsrätegesetz begeht. Die einzig richtige Folgerung kann nur die sein, daß das Betriebsrätegesetz dem Streit und Haß der Parteien entzogen und dem entpolitisierten Reichswirtschaftsrat zur Beratung übergeben wird.

Der Großteil des Reichs im Ausnahmezustand

Massendemonstrationen in Berlin — Zusammenstöße vor dem Reichstag Feuergefechte und Sturm auf den Wallotbau — Die unterbrochene Sitzung der Nationalversammlung — Neuer Aufruhr geplant

Berlin, 13. Januar.

Es war vorauszusehen, daß der Beginn der Nationalversammlung, die in diesen Tagen höchster Spannung ihre Arbeit wieder aufnehmen will, den äußeren Anlaß hergeben mußte, um die revolutionäre Welle von den äußersten Ecken des verstümmelten Reiches auch nach Berlin zu tragen. Die Vorbereitungen, welche Kommunisten und Unabhängige Hand in Hand getroffen hatten, deuteten schon darauf hin, daß sie diesen Tag nicht ungeschehen verstreichen lassen würden. Aus der Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz ist nun, wie die weiter unten gezeichneten Meldungen unseres hf-Sonderberichterstatters erkennen lassen, wieder ein blutiger Tag geworden. Sollen die Zusammenstöße vor dem Reichstag der Auftakt zu einer Kampfperiode sein, wie sie im Vorjahre um diese Zeit Berlin erlebt hat?! Noch vor wenigen Tagen ließ die Regierung verkünden, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um beabsichtigte Störungen der ersten Sitzung der Nationalversammlung zu verhindern. Es ist anders gekommen; denn die Nationalversammlung konnte tatsächlich ihre Beratungen gestern nicht durchführen. Schwäche der Regierung auf der ganzen Linie. Und dazu die ersten vertraglichen Folgen des Friedens von Versailles, die wir am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Selbst diese Zeichen genügen nicht, um die Arbeiterschaft zur Besinnung zu bringen.

Ueber die Vorgänge in Berlin wird uns folgendes gedrahtet:

Zu dem Betriebsrätegesetz, das heute in der Nationalversammlung beraten werden sollte, hatte die radikale Arbeiterschaft zahlreiche Demonstrationen angesetzt. Gegen 12½ Uhr durchzogen bereits große Züge in Stärke bis zu 1000 Mann die Straßen und strebten dem Stadtinnern zu. Gleich starke Züge kamen aus Charlottenburg und Moabit.

Ursprünglich war beabsichtigt worden, daß Abordnungen in das Reichstagsgebäude eindringen und dort den Abgeordneten ein Schreiben der revolutionären Arbeiter und Angestellten überreichen sollten, in dem gegen das Betriebsrätegesetz Protest erhoben wird. Kurz vor 1 Uhr begann die Masse vor dem Reichstag einzutreffen. Die Sicherheitspolizei hatte ihre Mannschaften angewiesen, die Straßen und Plätze vor dem Reichstagsgebäude frei zu geben und in jeder Beziehung äußerste Zurückhaltung zu üben. Es war den Mannschaften ausdrücklich eingeschärft worden, daß sie sich auf keinen Fall provozieren lassen sollten.

Ueber die Vorgänge, die sich nun vor dem Reichstagsgebäude abspielten, erhalten wir folgende Einzelheiten. Um 3.35 Uhr kam es vor dem Reichstag zu blutigen Zusammenstößen. Zwischen der Polizei und den Massen. Die Menge versuchte das Portal an der Seite des Bismarckdenkmals zu stürmen, entrissen einigen Soldaten der grünen Polizei die Gewehre und zerbrachen die Waffen. Da einige blinde Schüsse nichts halfen, ging die grüne Polizei zum Angriff über. Auf den Wegen und Plätzen vor dem Gebäude liegen eine Anzahl Tote und Verwundete.

Der Bericht eines Augenzeugen.

Von einem Augenzeugen, der vom Reichstag aus die Vorgänge beobachtet hat, wird uns folgendes berichtet:

Bei Beginn der Sitzung versuchte die das Haus umlagernde Menge ins Gebäude einzudringen. Hierbei stießen von seiten der bedrängten Sicherheitswehr drei bis vier Schreckschüsse. Das war anscheinend das Signal für die Menge über die Absperrungsmannschaften herzufallen. Ich sah von einem Fenster des Reichstages aus, wie ein Mann der Sicherheitspolizei, der ein leichtes Maschinengewehr auf dem Rücken trug, in die Menge gezerrt und dort von ihr zu Boden geworfen und ganz unmenschlich geschlagen wurde. Man entriß ihm die Waffe. Das Schauspiel war selbst für einige der Demonstranten so widerlich, daß sie versuchten, den Polizisten den Händen seiner Feinde zu entreißen. An einer anderen Stelle waren die Sicherheitssoldaten entwaffnet, von der Menge weggeführt und niedergeschlagen worden. Diese Vorfälle sind auch von einem anderen Portal aus bemerkt worden, von dem aus dann die Schüsse fielen, die der Menge das Signal zum Vorgehen waren. Hierbei gab es mehrere Tote.

Nach einer oberflächlichen Schätzung soll es sich um 40 bis 50 Tote und Verwundete handeln.

„Nur Vorpostengefechte"

Berlin, 13. Januar.

Zu den Demonstrationen der Unabhängigen und Kommunisten vor dem Reichstagsgebäude wird erklärt: Die Demonstranten der Linksradikalen wurden von der Regierung schon lange erwartet. Sie kamen deshalb nicht unvorbereitet. Die Regierung ist ganz klar darüber, daß das Betriebsrätegesetz von den Unabhängigen und Kommunisten nur zum Anlaß genommen wird, um die Arbeitermassen, die sich allmählich zu beruhigen begannen, wieder aufzurütteln und auf die Straße zu bringen. Die heutigen Demonstrationen bedeuten nichts weiter, als ein Vorpostengefecht, das die nächstehenden Kämpfe, die sich noch zweifellos zwischen den Linksradikalen und der Regierung abspielen werden, anzeigt.

In den Abendstunden herrscht in Berlin wieder überall Ruhe. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen, doch können sie unbehelligt ihre Wege gehen. Vor dem Reichstagsgebäude stehen noch immer riesige Menschenhaufen, die sich den Platz der Kämpfe betrachten. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Ausnahmezustand!

Berlin, 13. Januar.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen hat der Reichspräsident für das Reichsgebiet, mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt. Auf Grund des Ausnahmezustandes übernahm Reichswehrminister Noske persönlich die vollziehende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Als Zivilkommissar wurde der Berliner Polizeipräsident Ernst bestellt. Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten. Erneute Versuche, die Tagung der Nationalversammlung zu stören, würden mit rücksichtsloser Waffenanwendung verhindert werden.

Dazu wird weiter gemeldet:

Berlin, 13. Januar.

Die an verschiedenen Orten des Reiches aufflammenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin, besonders aber die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, haben den Reichspräsidenten veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das gesamte Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete die erforderlichen Ausnahmevorschriften zu erlassen. Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften praktisch keinen Gebrauch machen. Für den ganzen Geltungsbereich der Verordnung wird aber jede Betätigung durch Wort oder Schrift oder andere Maßnahmen verboten, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel und alle Anlagen und Einrichtungen für Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen, und auf Württemberg und Baden, bleibt nötigenfalls vorbehalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001141-16/fragment/page=0001

Die Vorgänge in Berlin

(Fortsetzung des Berichts der ersten Seite.)

Eine ausführliche Schilderung

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 13. Januar.

Um die Vorfälle objektiv sehen zu können, muß man drei verschiedene, wenn man so sagen darf, Kriegsschauplätze unterscheiden, die alle drei schon von 12 Uhr ab, von vielen Zehntausenden von Demonstranten dicht besetzt waren: die Südseite des Reichstagsgebäudes (nach dem Tiergarten), die Westseite (die Front hinter dem Bismarckdenkmal) und endlich die Nordseite (am Wasser).

Die ersten Bewegungen begannen kurz vor 3 Uhr, wo die Massen langsam gegen das Reichstagsgebäude anzudrängen begannen, um die Postenkette der Sicherheitswehr zu durchbrechen. Vergeblich versuchten die Sicherheitsleute und die Offiziere die Massen zu beruhigen, man sah vom Reichstagsgebäude aus deutlich, wie sie auf die Menge einredeten und trotz der drohenden Gebärden sich erstaunlich ruhig verhielten. Doch wurden bald darauf drei Mann der Sicherheitswehr, darunter ein Oberwachtmeister, von ihren Leuten abgedrängt, die die Masse nun mit sich riß, um dort unbarmherzig auf sie einzuschlagen. Es gelang einigen Sicherheitsleuten, die zum Teil ernstliche Verwundungen davontrugen, sich der Menge zu entreißen. Unmittelbar darauf spielten sich ähnliche Vorgänge ab.

Die Menge stieß darauf bis zur großen Auffahrtsrampe vor. Auch hier wurde zunächst ein Offizier von seinen Leuten abgedrängt und erhielt nicht nur Schläge mit Stöcken, sondern auch einen Messerstich über dem Auge, so daß er bewußtlos und über und über mit Blut bedeckt fortgetragen werden mußte. Auch jetzt noch bewahrten die Sicherheitsleute eine bewundernswerte Ruhe. Dafür begann nun die Menge z. T. lachend die Rampe selbst zu stürmen. Unter dem Vorantritt von Matrosen in Uniform (!) wurden die Posten immer weiter zurückgedrängt.

In diesem Augenblick fiel der erste Schuß und zwar von der Ecke zwischen Süd- und Westfassade. Unabhängig davon begann man wenige Minuten später in der Menge zu feuern und zwar gegen das Reichstagsgebäude. Drei Kugeln schlugen in das große Portal ein, eine blieb in der Tür, die in die Wandelhalle führt stecken, zwei andere durchschlugen die Tür. Jetzt erste antwortete auch hier die Sicherheitswehr mit Maschinengewehrfeuer. Außerdem wurden auch einige Handgranaten geworfen, die Wirkung war furchtbar. Es wird für jeden der dabei gewesen ist, unvergeßlich bleiben. In wenigen Sekunden war dann der Platz vor dem Westportal völlig geräumt. Nur hinter dem Bismarckdenkmal suchten einige besonders Eigensinnige Deckung und blieben dort zurück. Während nun erst auf der Auffahrtsrampe, weiter Maschinengewehre und Flammenwerfer in Stellung gebracht wurden, die aber nicht zum Einsatz gelangten. Von allen Seiten kam nun auch Verstärkung heran. Inzwischen sah man die ersten Tragbahren der Sanitätskolonne erscheinen, während andere Tote und Verwundete forttrugen. Der größte Teil der Verwundeten und Getöteten wurde in das Reichstagsgebäude gebracht.

Das Wolffbüro verbreitet folgenden Bericht:

Berlin, 13. Januar.

Das Reichstagsgebäude war heute mittag nur von einer verhältnismäßig schwachen Wache der Sicherheitsbeamten besetzt. In den Nachmittagsstunden wuchs die Masse der Demonstranten dauernd an, und die Belästigungen der Sicherheitsbeamten nahmen derart zu, daß man schleunigst Verstärkungen heranziehen mußte. Während sich der größte Teil der Demonstranten, nachdem sie verschiedene Abgeordnete der Unabhängigen Partei mit ihren Wünschen bekannt gemacht hatten, wieder entfernte, blieben noch viele Tausende in den Zugangsstraßen wie die Mauer stehen. Es wurden Flugblätter verteilt, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) unterzeichnet waren und überaus scharfe Angriffe gegen Noske, Ebert und Scheidemann enthielten. Die Ueberschrift lautete: Ebert oder Ludendorff. Zum Schluß wurde in großen Lettern aufgefordert: Macht Euch bereit! Nieder mit der Militär-Monarchie! Es lebe die Proletarier-Diktatur! Es lebe die Räterepublik! Durch diese Aufrufe angefeuert, hielten Einzelne Schmähreden gegen die Nationalversammlung und gegen die grüne Polizei, so daß sich schließlich eine Anzahl Demonstranten dazu hinreißen ließen, das Portal nach dem Tiergarten hin zu stürmen. Trotz aller Warnungen und trotz der ruhigen Haltung der Sicherheitsbeamten war es nicht gelungen, die Menge zum Auseinandergehen zu bringen. Da die Gefahr bestand, daß die Sicherheitsbeamtenschaft überwältigt wurde, mußte zur Waffe gegriffen werden, und man gab aus Gewehren und Maschinengewehren Feuer auf die Menge ab, so daß eine Anzahl — die Höhe steht noch nicht fest — getötet und verwundet wurden. Sehr bedrohlich gestaltete sich die Lage für die Sicherheitsmannschaften am Bismarckdenkmal. Die Menge fiel über sie her, raubte ihnen die Karabiner und schoß damit auf die Beamten. Ein Teil der Waffen wurde zertrümmert. Mehrere Sicherheitsbeamten wurden erheblich verletzt. Den Offizieren wurden die Achselstücke heruntergerissen. Gegen 4 Uhr war der Platz gesäubert, und nun rollten Sanitätsautos heran, die die Toten sowie die Schwerverwundeten, und auch einige Leichtverletzte, in die Krankenhäuser brachte.

Fortsetzung der Demonstrationen geplant

Berlin, 13. Januar.

Wie die „Nationalzeitung" erfährt, beabsichtigen, so drahtet unser hf.-Sonderberichterstatter, die Unabhängigen und sozialistische Partei für morgen und übermorgen eine Fortsetzung der Demonstrationen gegen das Betriebsrätegesetz. Es sind Aufforderungen an die Groß-Berliner Arbeiter ergangen, sich auf morgen und übermorgen auf Demonstrationszüge vorzubereiten. Es ist zu erwarten, daß auch im Laufe der kommenden Tage vor dem Reichstag wiederholt Kundgebungen gegen das Betriebsrätegesetz stattfinden werden. Die Regierung ist von diesen Absichten der unabhängigen und sozialistischen Partei unterrichtet und wird die nötigen Maßnahmen treffen.

Die Sitzung der Nationalversammlung abgebrochen

Während sich vor dem Reichstagsgebäude die Massen stauen und durch unabhängige Redner der Versuch gemacht wird, politische Erregung zu entfachen, geht es im Hause selbst völlig ruhig zu. Das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei hatten Fraktionssitzungen anberaumt, um nochmals zum Betriebsrätegesetz in der Fassung, die es im Ausschuß erhalten hat, Stellung zu nehmen, und um die Redner für die zweite Lesung zu bestimmen. Aber natürlich wurde in den Fraktionssitzungen auch die allgemeine politische Lage besprochen. Bemerkenswert war, daß an der Fraktionssitzung des Zentrums auch die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei teilnahmen. Auf Befragen erklärten diese Abgeordneten, daß die Lage im Zentrum noch völlig ungeklärt wäre. — Gegen 3¼ Uhr nahm die Nationalversammlung ihre Beratungen ohne Störung auf.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt

Abg. Dr. Geyer (U. S.) Einspruch gegen die Besetzung des Hauses mit Maschinengewehren. Es sei des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. Das bedeute die Wiedereinführung der Militärherrschaft (Lachen bei der Mehrheit).

Präsident Fehrenbach: Ich hatte weder das Recht noch den Anlaß, die von der Regierung für notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen zu unterbinden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Während des Berichts, der vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) erstattet wird, werden im Saal Gerüchte über die vor dem Hause stattfindenden Kämpfe laut, worauf die Unabhängigen, von Tribünenbesuchern unterstützt, mit wilden lärmenden Zurufen die Schließung der Sitzung zu erzwingen suchen.

Präsident Fehrenbach verläßt, als der Lärm die Fortsetzung der Verhandlung unmöglich macht, um 3¾ Uhr den Präsidentensitz. — Schluß 4 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 4 Uhr 10 Minuten mit dem Ausdruck schmerzlichsten Bedauerns, daß die Unruhen vor dem Reichstagsgebäude Verwundungen, und zwar auch solche tödlicher Art, gefordert haben. Es kommt jetzt alles darauf an, wegen des Eindrucks im Reich und im Ausland die Ruhe zu bewahren.

Abg. Geyer (U. S.): In meiner Erregung bin ich nicht imstande, jetzt der Beratung beizuwohnen.

Der Vertagungsantrag der Unabhängigen findet nur die unzureichende Unterstützung der Antragsteller.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) versucht vergeblich, seinen Bericht weiter zu erstatten.

Die Unabhängigen lärmen fortdauernd durch Schlußrufe. Es erfolgen zahlreiche, oft dreimal wiederholte Ordnungsrufe. Als der Lärm fortdauert, erklärt der Präsident um 4½ Uhr: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde und untersage den Abgeordneten Laukandt, Düwell und Geyer, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 5 Uhr 10 Minuten (die Abgg. Laukandt, Düwell und Geyer-Sachsen sind im Saale anwesend) mit folgenden Worten: Jetzt steht die betrübliche Tatsache fest, daß vielleicht zehn Todesfälle zu verzeichnen sind. Das ändert die Sachlage. Die Toten sind zum Teil in unser Haus gebracht worden. Angesichts dessen schlage ich jetzt selbst vor, uns zu vertagen. Für die Opfer haben wir herzliches Bedauern. Ich spreche den Angehörigen das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aus.

Die Mitglieder des Hauses hören stehend diese Ansprache an.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt. Fortsetzung der Beratung des Betriebsrätegesetzes.

Schluß 5¼ Uhr.

Der Eisenbahnerstreik

Trotzdem, wie schon gemeldet, die Hauptstreikleitung in Elberfeld die Parole ausgegeben hat, die Arbeit nach den Bewilligungen der Regierung wieder aufzunehmen, geht der Streik im Industriegebiet weiter, neue Gebiete kommen hinzu. Die Lage ist im ganzen Industriegebiet sehr ernst. Von der Verhängung des Ausnahmezustandes erwartet man zwar eine günstige Wirkung, doch wird erfahrtlich von syndikalistischer und unabhängiger Seite der Streikwille wach erhalten. Bezeichnend ist, daß wohl die Zientzüge durchgelassen werden, die Milch- und Lebensmittelzüge für die Bevölkerung aber nicht. In Hamborn ist es zu neuen Unruhen und sogar zu Schießereien mit herbeigeholtem Militär gekommen.

Münster, 13. Januar.

Im Laufe der Nacht kam es in Hamborn zu neuen Unruhen und Zusammenstößen mit dem zur Wiederherstellung der Ruhe in Hamborn eingerückten kleinen Teil des Reichswehrbataillons Schutz. Heute vormittag stellten sich dem nunmehr einmarschierenden Gros des Bataillons Schutz, bestehend aus zwei Kompagnien Infanterie und einer Maschinengewehrkompagnie, Demonstranten entgegen. Es kam dabei zu einer Schießerei, in deren Verlaufe ein Zivilist getötet und sieben mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Essen, 12. Januar.

Auf den Thyssenschen Zechen in Hamborn traten die Bergarbeiter in den Ausstand. Sie fordern Aufhebung des Belagerungszustandes, bessere Lebensmittelversorgung, 1000 Mark Wirtschaftsbeihilfe sowie die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht.

Münster, 12. Januar.

Die Eisenbahnarbeiter im Eisenbahnbezirk Münster haben in der am 12. Januar abends abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Hamm, 12. Januar.

Seit gestern ruht auch auf dem hiesigen Bahnhofe der Verkehr. Auf den Strecken Unna—Hamm—Dortmund usw. verkehrt kein Zug mehr. Dagegen trafen von Münster heute noch einige Züge ein.

Dortmund, 12. Januar.

Wegen des durch den Eisenbahnerstreik entstandenen Kohlenmangels sieht sich die Direktion der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Dortmunder-Union, veranlaßt, am Montag mittag 12 Uhr einen Hochofen und am Dienstag morgen 6 Uhr einen zweiten Hochofen auszublasen. Von morgen früh 6 Uhr ab werden das Thomaswerk, Walzwerk I und II und andere Abteilungen stillgelegt.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichspostminister hat die Vertreter der Postaushilfsbeamten und Telegraphenarbeiter empfangen und ihnen eine bedeutende Lohnerhöhung mit Wirkung vom 1. Januar zugesichert.

Die Lage in Leipzig

Leipzig, 13. Januar.

Bis in die Mittagsstunde herrschte in Leipzig Ruhe und der Straßenbahnverkehr wickelte sich in normaler Weise ab. Durch die Straßen ziehen starke Patrouillen von Reichswehrtruppen, die durch das alarmierte Zeitfreiwilligen-Regiment verstärkt sind. Die gestrigen Versammlungen der Unabhängigen und Kommunisten sind ohne Zwischenfall verlaufen. Zu Straßendemonstrationen ist es nicht gekommen. So weit bekannt ist, wird bisher überall gearbeitet.

In einer Versammlung von etwa 1200 heimgekehrten Kriegsgefangenen und ungehörigen Angehörigen ihrer noch in Gefangenschaft befindlichen Kameraden wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der an die deutschen Eisenbahner die inständige Bitte gerichtet wird, dafür zu sorgen, daß der endlich verfügte Abtransport der Gefangenen in Frankreich nicht verzögert werde. Die Eisenbahner möchten daran denken, was die Gefangenen empfinden würden, wenn sie in dem Augenblick, wo sie in ihren Lagern zum Abtransport bezw. Abmarsch gerüstet stehen, die Kunde erreicht, daß die Heimat außerstande sei, die Heimkehrerzüge zu stellen. Eisenbahner, heißt es schließlich, denkt an eure Brüder hinter Mauern und Stacheldraht! Die Entschließung wurde dem Reichspräsidenten und vier großen Eisenbahnerverbänden telegraphisch übermittelt.

Der Präsident des Völkerbundes

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Kopenhagen, 13. Januar.

Die „Times" melden aus London, daß Viscount Grey zum Präsidenten des Völkerbundes ernannt sei. Die „Times" glauben, daß die erste Aufgabe des Völkerbundes der Schutz Polens vor dem Bolschewismus sein wird. Frankreich und England hätten vorläufig die Hauptverantwortung.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

15] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 bh Carl Duncker, Berlin.

Und während er sich immer vonn euem verbeugte mit einem kleinen amüsierten Lächeln um den ausdrucksvollen Mund, mit Spott und Ueberlegenheit in den dunklen Feueraugen, schien er wieder völlig der alte Raoul Bronsart geworden zu sein, der skeptische, kühle, überlegene Lebemann, der über Gefühle spottete, der kein Herz besaß, der unbeirrt um menschliche Leidenschaften und Schwächen seinen stolzen, rücksichtslosen Weg ging.

Dann aber, als er das Ehepaar Lindner aufsuchte und Maja Lindners kühle Hand in der seinen hielt, wurde er von neuem der ruhelose, ringende, leidende Mann, den sie aus ihm gemacht.

Er überredete den Oberlandesgerichtsrat, mit ihm zum Essen zu gehen. Es war noch so früh, kaum zehn Uhr. Hermann Lindner wollte nicht, behauptete, sich schon übermäßig angestrengt zu haben, fürchtete eine schlechte Nacht. Aber Bronsarts Ueberredungskunst gelang es dann doch, ihn seinen Wünschen geneigt zu machen. Sie fuhren in den „Kaiserhof".

Für Maja, die so selten herauskam, war dieser Abend neu und reizvoll. In dem hellerleuchteten, eleganten Speisesaal, zwischen fremden gut angezogenen Menschen, bei Wein und Speisen lebte sie auf. Sie schien wie eine Blume, die sich unter den wärmenden Sonnenstrahlen entfaltet, die ihre Blätter lächelnd öffnet, ihre ganze sehnsüchtige Schönheit offenbart.

Sie war lebhafter, als Raoul sie je zuvor gesehen, sie sprach und sie lachte wie nie zuvor. War es die fremde Umgebung, war es der Wein, war es seine eigene Nähe, die sie veränderte? Er wußte es nicht. Aber er fühlte an diesem Abend, daß er sie vor allen Dingen herausbringen mußte aus der Monotonie ihres Heims, daß dies das Nötigste von allem war.

In den nächsten Tagen brachte er Theaterbilletts mit.

„Wir müssn einmal wieder zusammen ausgehen," sagte er zu Hermann Lindner. „Sie sehen ja, Ihnen ist die Sache sehr gut bekommen. Sie werden wieder jung, wenn Sie aus Ihrer gräßlichen Einsamkeit herauskommen, versuchen Sie es nur einmal."

Der Oberlandesgerichtsrat wollte nichts davon hören. Theater? Um Gotteswillen.

Raoul Bronsart sagte kurz: "Ich finde, Sie sind es Ihrer jungen Frau direkt schuldig, sie zuweilen auszuführen."

„Maja?" Hermann Lindner sah sehr erstaunt auf. „Aber sie verlangt das ja gar nicht."

„Sie spricht vielleicht nicht darüber, aber daß sie Vergnügungen und Zerstreuungen entbehrt, ist doch selbstverständlich."

„Hat sie sich bei Ihnen beklagt?"

„Bei mir?" Er lachte. „Haben Sie schon je gesehen, daß Ihre Frau Gemahlin mich einer Anrede würdigt? Sie antwortet nur, wenn ich sie frage. Soviel Scheuheit und Reserviertheit habe ich nie bei einer Frau gesehen."

Hermann Lindner nickte vor sich hin. „Es ist gut so, wie sie ist."

„Und das Theater?" beharrte der Schriftsteller.

„Sie sind ein unglaublicher Quälgeist. Was haben Sie denn? Zeigen Sie her."

Er hatte Billets für „Rosmersholm" besorgt für das Lessing-Theater. Der Oberlandesgerichtsrat schüttelte sich.

„Ibsen?! Um Gotteswillen. Zu Ibsen soll man überhaupt nicht mit Frauen gehen, schon gar nicht mit der eigenen Frau. Der stachelt die Weiber nur auf, setzt ihnen unnötige Ideen in den Kopf."

„Also nicht," meinte Raoul Bronsart gelassen, „dann gehen wir ins Opernhaus."

Auch davon wollte Lindner nichts hören er sei unmusikalisch. Schließlich einigten sie sich auf ein leichtes Unterhaltungsstück. Der Oberlandesgerichtsrat jammerte und stöhnte, aber Bronsart sagte:

„Es geht Ihnen ganz ausgezeichnet in letzter Zeit. Sie sollen sehen, Sie werden wieder jung und frisch, wenn Sie nur anders leben."

Sie besuchten nun einige Theatervorstellungen zu Dreien, gingen hinterher noch ins Restaurant. Aber Hermann Lindner verdarb diese Abende durch sein ewiges Stöhnen und Jammern. Ueberall hatte er etwas auszusetzen, entweder war es Zugluft oder zu heiß, die vielen Menschen um ihn herum verursachten ihm Angstgefühle, die Sitze in den Theatern erschienen ihm unbequem.

An den Speisen im Restaurant hatte er herumzumäkeln, die Weine waren nicht gut genug gekühlt, die Bedienung nicht aufmerksam genug.

Er folterte Maja unablässig mit seinen Nörgeleien, er nahm ihr die Freude an diesen Abenden, die Feierstunden für sie hatten werden sollen, er ließ es nicht zu, daß eine auch nur einigermaßen frohe Stimmung aufkam.

Und tiefer und immer tiefer sah Raoul Bronsart hinein in das Martyrium, das die Ehe für diese Frau geworden war . . . . .

Im Februar fand ein großes Wohltätigkeitsfest bei Kroll statt. Erste Künstler und Künstlerinnen hatten ihre Mitwirkung zugesagt, es versprach, ein sehr glanzvoller Abend zu werden.

Dr. Bronsart nahm Karten für das Ehepaar Lindner und sich selbst und gab sie dem Oberlandesgerichtsrat.

„Sie sind wohl toll geworden, Doktor," sagte Lindner ärgerlich, „nun wollen Sie mich gar noch auf Bälle schleppen."

„Es ist kein Ball, es ist ein Fest im Dienste der Wohltätigkeit, Sie tun ein gutes Werk, wenn Sie Karten nehmen, es handelt sich um die armen Familien in Holland, die neulich bei der Sturmflut obdachlos geworden sind und ihr ganzes Hab und Gut verloren haben.

„Alles ganz schön und gut," sagte Lindner, „die Karten werde ich also nehmen, aber deswegen brauche ich doch nicht hinzugehen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001141-16/fragment/page=0002

Die neue Hochwassergefahr Deutschlands

Die anhaltenden Niederschläge und rasche Schneeschmelze haben in vielen Gegenden Deutschlands eine neue Hochwassergefahr herbeigeführt. Aus dem Gebiet der Saale, Fulda, Lahn und Werra, der Mosel und des Rheins, sowie aus der Westpfalz kommen Botschaften von Ueberschwemmungen. Es wird uns gemeldet:

Jena, 13. Januar.

Die Saale führt plötzlich starkes Hochwasser. Im Saaletal bereits umfangreiche Ueberflutungen eingetreten. Weiteres Steigen durch Hochwasserdienst angekündigt.

Rotenburg a. d. Fulda, 13. Januar.

Gestern abend um 6 Uhr hat die Fulda hier den höchsten Stand seit 1909 mit einem Pegelstand von 8 Meter 80 erreicht. Der niedrigst gelegene Stadtteil wurde vollständig unter Wasser gesetzt. 40—50 Häuser mußten geräumt werden. Im Laufe der Nacht ist der Wasserstand auf 2 Meter 40 gefallen.

Die Edertalsperre ist über ihre Ufer getreten. Vom Oberlauf der Fulda aus der Rhön kommen bedrohliche Nachrichten. Die Stadt Fulda meldete gestern anhaltendes Steigen des Wassers, Ueberflutungen und Verkehrsunterbrechungen. Auch aus den Nachbartälern der Werra und Lahn kommen die gleichen Meldungen. In Kassel ist die Fulda über die Ufer getreten und hat einen Teil der im niedrigsten Stadtteil liegenden Straßen überschwemmt.

Bamberg, 13. Januar.

Regnitz und Main führen seit gestern wieder starkes Hochwasser. Der Mainpegel in Bischberg hat gestern abend mit 8,05 über Normal nahezu den Höchststand des Hochwassers von 1909 erreicht. In der vergangenen Nacht ist der Stand auf 5,90 zurückgegangen. Doch ist ein weiteres Steigen unausbleiblich, da aus ganz Nordobertfranken starkes Hochwasser gemeldet wird. Besonders katastrophal wirkte das Hochwasser in Kronach, wo weite Stadtteile unter Wasser gesetzt sind. Hochwassermeldungen treffen ferner aus vielen Unterfränkischen Gebieten ein.

Marburg, 13. Januar.

Ueber das Hochwasser im Lahntal wird weiter gemeldet: Das Gas- und Elektrizitätswerk steht unter Wasser, Stadt und Landkreis Marburg sind ohne Licht. Von der Ueberlandzentrale Vollar sind 18 eiserne Masten der Hochspannleitung umgerissen worden, so daß ein großer Teil Oberhessens ohne Licht ist. Die Fluten sind jetzt im Zurückgehen.

Köln, 13. Januar.

Der Rhein ist seit gestern um 1,80 Meter gestiegen. Es besteht ernste Hochwassergefahr, da der Rhein und seine Nebenflüsse fortwährend steigen.

Auch über Sturmschäden kommen besonders aus dem Süden und Westen des Reiches Nachrichten. So sind allein 138 Fernsprechleitungen zerstört worden, darunter 82 größere Leitungen.

Düsseldorf, 13. Januar.

Infolge andauernder Niederschläge ist das Wasser des Rheins seit Sonntag abend um zwei Meter gestiegen.

Mannheim, 13. Januar.

Der Rhein und der Neckar sind stark gestiegen.

In der Westpfalz sind Ueberschwemmungen eingetreten, besonders in der Gegend von Zweibrücken. In der Stadt Zweibrücken steht das Wasser in dem unteren Stadtteil mannshoch. Die Vorräte in den Kellern und die Waren in den Läden verderben. Die Westpfalz hat seit 1882 keinen solchen Hochwasserschaden erfahren, wie gegenwärtig.

Schulfragen der Zeit

Eine bedenkliche Seite der Elternbeiräte

Als sich der Gedanke der Elternbeiräte Bahn zu brechen begann und schließlich ziemlich rasch zur Verwirklichung gelangte, waren alle, welche die Entfremdung der beiden wichtigsten Erziehungsträger Schule und Elternhaus schmerzlich empfunden hatten, von innerster Genugtuung erfüllt. Hatten doch alle einsichtigen Erzieher längst aus allen Kräften darnach gestrebt, das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrer auf eine gesündere Grundlage zu stellen und damit dem Erfolge der Schulerziehung einen günstigen Boden zu bereiten. Indessen ließ auch hier, wie leider bei so vielem mit heller Begeisterung begrüßten Neuen, die Enttäuschung nicht lange auf sich warten. Sie begann, als es immer deutlicher in die Erscheinung trat, daß durch die neugeschaffene Einrichtung die Schule zum Tummelplatz parteipolitischer Kämpfe erniedrigt werden sollte.

Die Sozialdemokratie ging darin wacker voran! Bei Bekanntgabe ihres Programms über die Bildung, Ausgestaltung und Kompetenz der Elternbeiräte fiel es plötzlich manchem Argloser wie Schuppen von den Augen, und namentlich in Lehrerkreisen stießen solche ausschweifenden Pläne und dreisten Forderungen auf gerechte flammende Entrüstung. Als unerhörte Anmaßung mußte es jedem besonnen Urteilenden erscheinen, daß Leute, die sich zeitlebens kaum je um erziehungswissenschaftliche Fragen gekümmert hatten, mit überlegener Kennermiene nicht nur in die Schulzeit, sondern sogar in die Aufstellung der Lehrpläne und in das Unterrichtsverfahren hineinreden wollten.

Nun hat ja der bekannte Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung diesen maßlosen Uebergriffen für die wächste Zukunft ein Ziel gesetzt, aber das hindert die unentwegt Vorwärtsschreitenden natürlich nicht, für die spätere Verwirklichung ihrer Absichten in durchaus planmäßiger Weise Stimmung zu machen. Durch Energie und Beharrlichkeit wird schließlich doch das Ziel erreicht, und Herr Hänisch ist ja im Grunde seines Herzens gar nicht so böse, wie er zu sein sich den Anschein gibt; er wird schon mit sich reden lassen. So hofft man im Lager der Radikalen, und so ist es in der Tat. Herr Hänisch hat es für einen groben Unfug, für eine Ungeheuerlichkeit erklärt, die Schulzugend parteipolitisch abzustempeln, er, der in seiner letzten Verfügung an die Provinzialschulkollegien und Regierungen sagt: „Das gesamte Schulkollegium muß von politischen Streitereien aller Art frei gehalten werden", ausgerechnet er ordnet für die Bildung der Elternbeiräte, die Verhältnis-Listenwahl an! Das fordert doch geradezu zu parteipolitischer Betätigung heraus.

Bei der bekanntermaßen Saumseligkeit der bürgerlichen Kreise liegt in der Bestimmung der Listenwahl zweifellos eine große Gefahr. „Die Kandidatenlisten sind spätestens 10 Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen mindestens soviel Namen von Kandidaten erhalten, als Mitglieder des Elternbeirats zu wählen sind, und müssen mindestens 20 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen. In ländlichen Verhältnissen genügen 10 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen." — Die Sozialdemokraten werden es sicher nicht daran fehlen lassen, rechtzeitig mit ihren satzungsgemäß aufgestellten Listen auf der Bildfläche zu erscheinen und ihre Wähler scharf zu machen. Bleiben die Bürgerlichen hinter ihnen zurück, so erhebt sich die Gefahr, daß sie auch in den Elternbeiräten wieder ins Hintertreffen kommen, und daß dann ihre Gegner nicht bloß in den Sitzungen und Elternversammlungen den Ton angeben, sondern daß sie auch, was noch weit schlimmer ist, dem deutschen Schulwesen allmählich den Stempel ihres Geistes aufdrücken werden. Was die Sozialdemokratie außer der Verdrängung des christlichen und vaterländischen Fühlens und Denkens erstrebt, ist vor allem das, die Einführung der ihren Parteizwecken entsprechenden Einheitsschule zu erzwingen, durch welche nicht, wie es der gesunde Kern dieses Reformvorhabens will, den wirklich Tüchtigen der Weg zu den Höhen der Bildung freigemacht werden soll, sondern durch die man die Massen auf künstliche Weise nach oben zu schrauben gedenkt, damit sie dann mit einem gewissen Schein von Berechtigung die führende Rolle im Staatsleben spielen können. Die „Freiheit" sprach sich bereits ganz offen in diesem Sinne aus, und der Abgeordnete Hennig stieß jüngst in der Preußischen Landesversammlung in dasselbe Horn. Auch der Arbeiter-Elternbund bearbeitet seine Mitglieder in der gleichen Richtung. Er plant jetzt eine großartige Organisation aller Elternbeiräte, die, wenn der Zusammenschluß vollzogen ist, einen sehr bedeutenden Schritt nach dem oben angedeuteten verhängnisvollen Ziele hin darstellen wird.

Wann wird das Bürgertum erwachen und dem Gegner etwas Gleichartiges gegenüberstellen?

Halle und Umgebung

Halle a. S., 14 Januar.

Die neue Linienführung der Straßenbahn

Am 15. d. Mts. tritt der neue Straßenbahnverkehr in Kraft. Dieser neuen, leider unvermeidlichen Belastung der Bürgerschaft soll aber erfreulicherweise auch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse entsprechen: Die lange schon gewünschte, aber der Kriegsverhältnisse wegen bisher nicht durchführbare direkte Nordsüdverbindung (Trotha—Geiststraße—Ulrichstraße—Markt—Franckeplatz—Rannischer Platz) soll vom 15. ab in der Weise geschaffen werden, daß jeder zweite Wagen der Linie 1 (als Linie 1 A) nicht den bisherigen Weg über Walhalla, sondern jenen neuen direkten Weg nimmt, der allen denen, die von der Reilstraße aus in die Geist- und Ulrichstraße gelangen wollen, das Umsteigen erspart und zugleich die Reisezeit für die ganze Strecke verkürzt. Gleichzeitig soll die Linie 7 in ähnlicher Weise in zwei Teile getrennt werden, deren einer — alle 12 Minuten — den bisherigen Weg der Linie 7 fährt, während — ebenfalls alle 12 Minuten — der andere Teil — als Linie 7 A — von der Richard Wagnerstraße geradeaus zur Wuchererstraße und sodann durch die Magdeburger Straße zum Bahnhof fahren soll. Auch hier wird eine neue direkte Verbindung geschaffen, die zugleich den Bewohnern der betreffenden Stadtteile den Weg zum Bahnhof erheblich verkürzt. Eine dritte direkte Verbindung sollte gleichzeitig dadurch geschaffen werden, daß jeder zweite Wagen der Linie 5 über den Riebeckplatz hinaus weiter bis zur Artilleriekaserne geführt werden sollte. (als Linie 5 A), um auch hier Norden und Süden ohne Umsteigen zu verbinden. Leider kann aus Betriebsgründen diese Verbesserung erst mit einer kleinen Verspätung — etwa Ende dieses Monats — in die Erscheinung treten.

Alle drei Aenderungen sind wiederum nur ein — wenn auch wichtiger — Teil der von der Verwaltung in Aussicht genommenen neuen Linienführung der gesamten Straßenbahn, die nach dem Erwerb der Stadtbahn geboten, aber infolge der Kriegsverhältnisse bisher nicht möglich war. Sie ist auch jetzt leider nur zu dem oben geschilderten Bruchteil durchführbar, da infolge Materialmangels weder die neuen Bahnlinien bezw. die zweiten Gleise auf alten Linien, deren Bau zum Teil Voraussetzung für die Ausgestaltung der neuen Linienführung ist, durchweg ausgebaut werden konnten, noch die für die neuen Pläne nötigen Wagen bisher in ausreichender Zahl bereitgestellt werden konnten. Beide Hindernisse werden hoffentlich im Laufe des Sommers überwunden, so daß dann der gesamte großzügige Plan einer für die Bewohner aller Stadtgegenden gleichmäßig vorteilhaften, verkehrstechnisch möglichst vollkommenen Linienführung voll durchgeführt werden kann.

Der Ferchland-Prozeß

Unter den vielen Zeugen befundet Gerichtsassessor Kämmerer aus Anlaß einer Episode im Kriege (Frankreich), daß Ferchland damals stets „den Offizier" zu sehr „herausgebissen" und dadurch sich keiner Beliebtheit bei seinen Leuten erfreut hat. Der Vorsitzende fragt deshalb erstaunt den Angeklagten, warum er, wenn er so im Felde gehandelt hat, später im Soldaten-Rat in's Extrem fiel und so sich nicht streng militärisch benommen hat. — Der Zeuge Schöning, Parteisekretär in Leipzig bei der U. S. P. (sonst Schmied), sagt aus, daß eine Hallesche Kommission eines Tages vor dem Demonstrationszuge in Leipzig erschienen ist und Hilfe erbeten hat, da die hiesigen Artilleristen gleichsam ein Ultimatum gestellt hatten, welches die Ablieferung der Waffen seitens der Ferchland-Partei bis vormittags 9 Uhr des nächsten Tages zur Bedingung machten. Die Leipziger hoben aber jede militärische Hilfe glatt abgelehnt, denn Sachsen ist Sachsen und das Ministerium war gegen solche Hilfsaktionen. Darauf ist jedoch Schöning nach Halle gefahren, um zu verhandeln. — Der Zeuge Dietz, Leiter des Leipziger Sicherheitsdienstes, sagt ungefähr dasselbe aus. — Der Feldwebel Ulbrich bekauptet, daß ein Leutnant in Infanterieuniform, welcher beim Bankeinbruch in der Lafontainestraße Geld forderte, nach der Schilderung der Wohnungsinhaberin ihm bekannt war; er hätte diesen Mann, der ein Ausländer zu sein schien, einfach über den Haufen geschossen, wenn er noch einmal sich der Wohnung, in der Ulbrich mit einigen Leuten über Nacht Wache hielt, genähert hätte. Anscheinend gehörte dieser Undekannte der roten Garde an.

Das Gericht beschließt hierauf, die Zeugen Weiber, Wirkler, Klaus und den nach infachtiaten Haftung, falls sich seine Glaubwürdigkeit herausstellt, als Zeugen noch einmal zu vernehmen. Der Zeuge Weiber führte aus, daß hier in Halle eine Art „rote Garde" existierte, welche die „Tudra-Garde" genannt wurde; in derselben hat er auch Bekanntschaften gehabt. Diese wollten die Banken plündern, Lebensmittel rauben und die Arbeiterschaft bewaffnen. — Zu dieser Garde gehörte auch Hartung. Als er zu Hause nicht geduldet wurde, weil er Spartakist war, ging er zu Ferchland, um Geld von ihm zu erlangen. Da er kurz vorher solches schon erhalten hatte, so schlug er ihm seine Bitte ab und schickte ihn zur Matrosen-Kompagnie mit dem Bemerken, sie werde ihn schon sicher halten.

Der Vorsitzende wollte die Persönlichkeit des Hartung deshalb näher beleuchten und ließ ihn aus der Haft vorführen. Zugleich kam es dem Gericht darauf an, überhaupt Hartungs Verhältnis zu Ferchland aus den Akten des ersteren klar zu stellen. Der Angeklagte hatte den H. infolge der bekannten Vorgänge in der „Saale-Zeitung" zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruches gebracht. Außerdem hatte H. sich einen Ausweis, der ihn als zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division gehörig kennzeichnete, verschafft und 9000 Mark für sogen. Nachrichtendienste bei hiesigen Bürgern durch eigene Quittungen erhoben. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob er dabei mit jemand aus der Partei in Verbindung gestanden habe, vor allem bei obigen Ereignissen, antwortete er: „Weder mit Kilian noch mit Ferchland habe ich Verbindung gehabt!" — — — Aus den Akten geht hervor, daß H. sich mit einem besonderen Vorsatze in die Kommunistische Partei habe einschreiben lassen. Er hat dies für nicht so gefährlich erachtet und viele andere Leute waren ja damals auch nicht so vorsichtig wie heute. Mit der Aeußerung des H. sieht nun seine Antwort, welche er auf die Frage des Vorsitzenden, wer dies alles eigentlich verursacht und aus welcher Initiative heraus H. so gehandelt hat, in starkem Widerspruch; er erklärte nämlich ganz unumwunden: „Ich habe nur Befehle ausgeführt!" Das schon läßt die Glaubwürdigkeit des H. als Zeugen gegen F. als fraglich erscheinen. Allerdings muß der Angeklagte Einfluß auf H. gehabt haben, sonst hätte jener dem letzteren nicht die Fahrscheine nach überallhin ausgestellt. Aus den Akten des H., in denen sich auch seine Eingabe (an die Staatsanwaltschaft) befindet, in der er sich von der Anklage des Landfriedensbruches reinigen will, liest der Vorsitzende u. a. den Satz vor: „Ich werde in seine nächste Nähe schon kommen!" — — Ehe nun seinerzeit Ferchland verhaftet wurde, sollte das gleiche mit H. auf Befehl Ferchlands geschehen.

Aus alledem ergibt sich die fragliche Glaubwürdigkeit des H. als Zeugen. Die nächsten Verhandlungen werden Licht in die Sache bringen. — Fortgang der Verhandlung Mittwoch.

*

Daß sich Ferchland als Offizier keiner sonderlichen Beliebtheit bei seinen Untergebenen erfreute, geht auch aus der Tatsache hervor, daß er im Jahre 1917 im Feldrekrutendepot der 234. Infanterie-Division einen Unteroffizier derart schwer beleidigte, daß er vom Divisionskommandeur, Generalleutnant Exzellenz von Stumpff, mit 10 Tagen Stubenarrest bestraft und zu dem Ersatzbataillon seines Regiments (1. Erf.-Batl. Füs.-Regts. 36) strafversetzt wurde. So ist Ferchland noch Halle gekommen, wo er dann, obwohl er k.-v. war, bis Kriegsende verblieben ist, weil er auf Grund einer späteren kriegsministeriellen Verfügung mit Rücksicht darauf, daß zwei seiner Brüder im Felde gefallen waren, an der Front nicht mehr Verwendung finden durfte.

*

Schwurgericht.

In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung unter dem Vorsitze des Landrichters Kißner wurde gegen den Glaser Franz Bartholomäus in Atzendorf wegen vorsätzlichen Totschlags und unbefugten Besitzes von Waffen verhandelt. Der Angeklagte ist 1891 geboren, noch unbestraft, seit 1915 als Ersatzreservist im Felde gewesen und Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. — Der Angeklagte hat im Sommer 1919 die Witwe Beier in Atzendorf geheiratet, der das Grundstück Nr. 32 dort gehörte. Vor der Hochzeit verkehrte im Hause der Frau Beier der Erschossene, der Maurerpolier August Voigt in Atzendorf, der Gegenvormund der Beierschen Kinder war. Während der Angeklagte vor der Verheiratung mit Voigt freundschaftlich verkehrt hatte, hat er nach der Hochzeit den Voigt, das Haus nicht mehr zu betreten, was den Voigt sehr verdrossen habe, wie der Angeklagte erzählte, doch sei er nicht mehr gekommen. Kurz vor der Hochzeit hat Voigt noch das Beiersche Haus renoviert, worüber ihm wiederholt die Rechnung ohne Erfolg abgefordert worden ist. Frau Beier ist dann zu Voigt gegangen, um zu bezahlen, dabei hat Voigt die Frau schwer beleidigt. Zwei Tage vor dem Tode Voigts erhielt die nunmehrige Frau des Angeklagten von Voigt einen Brief, der schwere Beleidigungen enthielt und Drohungen. Auch sonst hat Voigt, dem das Betreten des Gehöftes verboten war, es nicht unterlassen können, immer wieder in der Nähe des Gehöftes herumzuspionieren. Bartholomäus gehörte auch einer Wachtruppe an, die sich im Ort gebildet hatte, um die überhand nehmenden Diebstähle zu verhindern. Eines Nachts fehlte nun der Hund des Angeklagten an. Bartholomäus ging schnell hinaus, während seine Frau das Fenster geöffnet hatte, hat alles abgesucht, aber nichts gefunden; der Hund hat jedenfalls angeschlagen, weil Voigt in der Nähe gelegen hatte, denn Voigt kam immer nur dann, wenn er den Angeklagten nicht anwesend wußte, der an diesem Tage mit den Wachtdienst zu versehen hatte.

Am Abend des 22. September ist der Angeklagte gegen 9 Uhr von Hause fortgegangen, um nach seinem Acker zu gehen, wobei er eine Armeepistole, die er nicht abgeliefert hatte, und einen meterlangen Stock mitnahm. Auf dem Rückwege nach seiner Behausung bemerkte er an der Waschküche eine Person, die er anrief, indem er zugleich laut nach Hilfe schrie. Da sei dann, so erzählte der Angeklagte weiter, jemand auf ihn zugesprungen, er habe mit dem Stocke zugeschlagen und mit der Pistole geschossen, um die Person abzuwehren, die von dem Schusse aber ins Herz getroffen worden und ihm entgegengefallen sei. Er sei dann gleich aus eigenem Antriebe zum Ortsvorsteher gegangen, um den Fall anzuzeigen, er habe aber immer noch nicht gewußt, daß Voigt der Erschossene gewesen sei, den er erst beim Zurückkommen auf dem Rücken liegend gefunden und erkannt hat. Der Zeuge, Gemeindeschöffe Koch, bekundete, daß Bartholomäus ihm gesagt habe, er habe nicht gewußt, daß der Erschossene Voigt gewesen sei und er (der Zeuge) habe den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte damit die Wahrheit gesagt habe.

Während der Staatsanwalt hat, den Angeklagten unter Versagung mildernder Umstände für schuldig zu erklären, beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rademacher-Merseburg, den Angeklagten von der Anklage des Totschlags freizusprechen. Die Geschworenen schlossen sich den Ausführungen des Verteidigers an und verneinten die Schuldfrage nach Totschlag, bejahten aber die nach unbefugtem Besitz von Waffen. Das Gericht erkannte unter Freisprechung im übrigen für den unbefugten Besitz von Waffen auf eine Geldstrafe von hundert Mark, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde aufgehoben.

— Hallescher Lehrerverein. Am Freitag, abends um 6 Uhr, findet im Hörsaal der Talamtschule eine Vereinsversammlung statt, in welcher Seminarobersehrer Prof. Kirchner-Weimar über „Gesichtsunterricht im Sinne der Verfassung" sprechen wird. Gäste sind willkommen.

— Amalie Merkner, unsere einheimische junge Sängerin, die sich im vorigen Jahre auf das vorteilhafteste hier eingeführt hat, gibt am 24. Februar unter Mitwirkung der Pianistin Ilse Kellner, einer Schülerin der Frau Kwast-Hodapp, einen Liederabend. Karten bei Heinrich Hothan.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen und Eheschließungen. Vermählung Albert Arndt und Martha geb. Steinbrecher in Nauendorf i. Anhalt.

Geburten. Oberlehrer Dr. Fritz Carlo und Frau Amanda, geb. Koch (Sohn). — Emil Knortz und Frau Marie, geb. Schlag (Zwillinge-Paar). — Gerhard Steckner und Frau Gerda, geb. Hölscke (Sohn). — Ernst Lehmpfuhl und Frau Lydia, geb. Rauchfuß (Sohn). — Max Hanschke und Frau Elli, geb. Findervater (Tochter).

Todesfälle. Am 11. Januar Ferdinand Krenzin im 75. Lebensjahr. — Am 12. Januar Artist Heinrich Otto im 57. Lebensjahr. — Am 11. Januar Franz Günther im 67. Lebensjahr. Rosenfeld 5. Lebensjahr. — Am 12. Januar Fritz Stein im 28. Lebensjahr. — Am 12. Januar Marie Wehland im 60. Lebensjahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001141-16/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Hinter den Kulissen einer Spielhölle

Leipzig, 13. Januar.

Recht interessante Einblicke in das Leben und Treiben in manchen Spielklubs gewährte eine Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht, in der sich mehrere Gastwirte, Händler, Musiker, Kaufleute, Handwerker und Ingenieure wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu verantworten hatten. Die Angeklagten huldigten als Mitglieder und Gäste des Spielklubs „Exzentrik" in den Monaten Juli bis Oktober dem Glücksspiel „Baccarat" und es sind dabei ganz bedeutende Umsätze gemacht worden. Die Anzeige bei der Polizei wurde Ende Oktober von den Ehefrauen zweier Angeklagten erstattet, die das Treiben ihrer Männer nicht länger mit ansehen wollten. Einer von diesen hatte im August in Bad Elster schon über 20 000 Mark verloren. Die Verluste des andern, der außer im „Exzentriklub" auch noch in anderen Spielklubs, so im „Atlantik", im „Klub der Freunde" um „Kaiserhof" gespielt hatte, betrugen 35 000 Mark und ein Großkaufmann hatte im „Exzentrik" sogar gegen 50 000 M. eingebüßt. Wie es in den übrigen Spielklubs Sitte ist, daß den Spielern und Gästen Speisen und Getränke umsonst verabreicht werden, so war es auch im „Exzentrik". Spielt wurde gewöhnlich von nachmittags 5 Uhr bis abends 11½ Uhr. Die beiden Klubdiener, junge Leute von 20 und 22 Jahren, erhielten vom Klub jeder 10 Mark Lohn, an Trinkgeldern vereinnahmte jeder in der Woche bis zu 200 Mark. Es wurde in der Verhandlung erwähnt, daß der Diener eines anderen Klubs monatlich 18 000 bis 20 000 Mark auf die Sparkasse hat legen können. —

Zu dem Schaden ihrer großen Geldverluste erhielten die Angeklagten auch noch den Spott einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe wegen gewerbsmäßigen Spiels.

e. **Quedlinburg**, 13. Jan. (Verschiedenes.) Der Besitzer des hiesigen Stadtgutes, Hauptmann a. D. Henkel, erwarb dazu das früher dem Grafen Schlieffen gehörige große Rittergut Ceuden bei Seehausen (Altmark). — Einen imposanten Verlauf nahm eine große Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, die einen Maßsenbesuch aufzuweisen hatte. Professor Hoetzsch-Berlin sprach über Deutschlands Zusammenbruch und Wiederaufbau und kennzeichnete die Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei in der künftigen Auslandspolitik. — Bei einem heute nacht im Städtischen Krankenhause verübten Einbruche wurden aus der Vorratskammer u. a. 10 Zentner Speck, Schlachtwürste, 20 Zentner Zucker, Weizenmehl und mehrere Flaschen Wein entwendet. — Die Bode führt in ihrem hiesigen Lauf seit Montag Hochwasser, das eine seit 1881 nicht dagewesene Höhe erreicht hat. Die ganze weitere Umgegend ist überflutet und gleicht einem großen See. Es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

— **Naumburg a. S.**, 12. Jan. (Verhafteter Mörder.) Eifrigen Nachforschungen ist es gelungen, den Mörder der jugendlichen K. Knabe in Stößen zu ermitteln. Es ist der Arbeiter Franz Schultheiß aus Stößen, der die Tat aus Rache begangen haben will und geständig ist. Er wurde in das Naumburger Landgerichtsgefängnis gebracht.

— **Erfurt**, 12. Jan. (Verurteilte Mörder.) Am Abend des 9. August wurde in Erfurt die Witwe Krummrich in ihrem Laden ermordet und beraubt. Die Mörder, der 23jährige Arbeiter Johannes Walther aus Mönchhofsbach bei Sontra und der 34jährige Brauer Ernst Herrmann aus Allstedt bei Apolda, fielen bald der Polizei in die Hände und sind jetzt vom Schwurgericht Erfurt wegen schweren Raubes mit Todeserfolg zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Der Mordplan ging von dem Jenaer Studenten der Nationalökonomie Heinen aus, der wegen Anstiftung und Hehlerei zu 12½ Jahren Zuchthaus und 16 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt wurde.

— **Weimar**, 13. Januar. (Einfuhr und Verbilligung von Saatkartoffeln im Volksrat für Thüringen.) Dem am 20. d. Mts. wieder zusammentretenden Volksrat für Thüringen wird eine Vorlage betr. die Einfuhr und Verbilligung von Saatkartoffeln zugehen. Dieser ist in erster Linie zu entnehmen, daß die Kartoffelernte in Thüringen (einschließlich Sachsen-Koburg) vom Jahre 1918 auf 1919 von 12 671 475 auf 9 156 800 Zentner zurückgegangen ist. Das geringere Ergebnis ist in erster Linie auf den Rückgang der Kartoffelanbaufläche zurückzuführen. Um diese gefährlichen Verhältnisse zu bessern, ist es nötig, die Anbaufläche wieder zu vergrößern und vor allem gutes und ausreichendes Saatgut zu beschaffen. Ausreichendes und höchstertragen erzielendes Saatgut ist in Thüringen nicht zu beschaffen und so empfiehlt es sich, die Einfuhr von Saatkartoffeln aus solchen Gegenden Deutschlands, in denen der Kartoffelbau voll entwickelt ist, tatkräftig zu fördern. Mit dieser Förderung der Einfuhr von Saatkartoffeln ist das Ernährungsamt der Thüringischen Staaten bereits beauftragt und der Volksrat hat in seiner letzten Sitzung Mittel dazu bewilligt. Da jedoch die aus den östlichen Provinzen Preußens zu beziehenden Kartoffeln so teuer zu stehen kommen werden, daß der kleinere Landwirt abgeschreckt werden dürfte, so müssen Staatsmittel flüssig gemacht werden. Von Sachverständigen wird eine Verbilligung der einzuführenden Saatkartoffeln um etwa 8 Mark für den Zentner als erwünscht und ausreichend bezeichnet und ist auch in diesem Maße vorgesehen. Auf eine Einfuhr von mehr als 100 000 Zentnern ist nicht zu rechnen, so daß, im höchsten Falle 800 000 Mark nötig sein werden. Der Betrag soll von der Thüringischen Landeskartoffelstelle in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Vertretungen Gesamtthüringens verteilt werden. Die besonderen Bedingungen, unter denen die zu verbilligenden Kartoffeln auf die Kommunalverbände verteilt und an die einzelnen Wirtschaften abgegeben werden sollen, im einzelnen jetzt schon festzulegen, erschien dem Staatsrat nicht zweckmäßig. Die dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte sind zu zahlreich, die für den Anbau im Frühjahr maßgebenden Bedingungen lassen sich nicht so schnell übersehen. Maßgebend für die Verteilung soll in erster Linie der Gesichtspunkt sein, daß mit dem verbilligten Saatgut die Kartoffelernte Thüringens möglichst stark gesteigert werden soll. Demgemäß soll vom Volksrat der Staatsrat ermächtigt werden, bis zu 800 000 Mark zu genanntem Zweck zu verwenden.

i. **Mückern** (Kr. Jerichow), 12. Jan. (Bubenhände) haben auf dem Gute Lutnitz auf einer Strecke von etwa zwei Kilometern 120 Stück 20jährige Kirschbäume in Mannshöhe abgesägt. Graf von Hagen hat eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt für Namhaftmachung dieser ruchlosen Verbrecher. Erst kürzlich waren einem anderen Besitzer 30 seiner besten Obstbäume abgesägt.

„H. Z." Sportberichte

— **Wettkampfausschußsitzung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.** Der Deutsche Ausschuß für Leibesübungen hielt am Sonnabend im Reichsministerium des Innern zu Berlin unter Leitung von Professor Berger-Aschersleben, dem Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, seine jährliche Wettkampfausschußsitzung ab, zu der sämtliche Sportverbände ihre Vertreter entsandt hatten. Auf Punkt 1 der Tagesordnung stand Neuaufnahme des Deutschen Boßleich-Verbandes und des Verbandes Deutscher Sportlehrer, die auch einstimmig erfolgte. Eine längere Debatte entspann sich über Punkt 2 „Gutachtliche Stellungnahme zum Aufbau der freien Hochschule für Leibesübungen", an der sich in der Hauptsache Linnemann-Berlin vom Deutschen Fußball-Bund, Professor Steffen-Lübeck, Generalsekretär Diem, Dr. Wallnitz und Direktor Grob-Leipzig von der Deutschen Turnerschaft beteiligten. Da man zu keinem Ergebnis gelangte, wurde schließlich ein Antrag des Vorsitzenden angenommen, der folgenden Wortlaut hatte: „Die Versammlung genehmigt Denkschrift und Ordnung der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, gibt aber dem Vorstand auf, die heute geäußerten Bedenken bei der weiteren Ausarbeitung zu berücksichtigen." Die Bezeichnung „Deutsches Sportabzeichen" ist in „Deutsches Turn- und Sportabzeichen" umgetauft worden.

gg. **Ein Stadtamt für Leibesübungen in Jena?** Der Ortsausschuß für Leibesübungen in Jena, dem fast alle Turn- und Sportvereine angeschlossen sind, hat dem Gemeinderat der Stadt eine Denkschrift unterbreitet, mit der Bitte um Einrichtung einer besonderen Abteilung in der Stadtverwaltung resp. Ernennung einer Kommission, eines Stadtamtes für Leibesübungen aus Mitgliedern des Gemeindevorstandes und Gemeinderates, von der alle die Pflege der Leibesübungen betreffenden Angelegenheiten im Benehmen mit dem Ortsausschuß f. L. bearbeitet werden, wodurch die Einheitlichkeit, fachmännische Sachlichkeit und Beschleunigung der zur Lösung kommenden Fragen zu Gunsten der Körperkultur treibenden Kreise erreicht und bürokratische Hemmnisse beseitigt werden sollen.

— **Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen** berief in seiner letzten Vorstandssitzung als Ersatz für den verstorbenen Geh. San.-Rat Dr. Teplis den neuen Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, Dir. Dr. Berger-Aschersleben in den Vorstand. Zu persönlichen Mitgliedern wurden die südtirischen Oberturnwarte Dr. Luckow-Berlin und Zobel-Schöneberg ernannt.

— **Bildungsanstalt für Turn- und Sportlehrer.** Eine Bildungsanstalt für Turn- und Sportlehrer will die Deutsche Turnerschaft zunächst probeweise ins Leben rufen. Die Kurse sollen in Leipzig stattfinden und drei Monate dauern. Bei genügender Beteiligung soll der erste Kursus bereits am 1. April dieses Jahres beginnen. Die Teilnehmer werden zur Erleichterung der Durchführung nur nachmittags beansprucht. Es soll versucht werden, für solche, die es wünschen, Abeitsgelegenheiten an den Vormittagsstunden zu schaffen.

— **Deutsche Rodelmeisterschaft.** Das wertvollste Rennen des Deutschen Rodelbundes, die Deutsche Rodelmeisterschaft, ist dem Wintersportverein Ilmenau zur Austragung übergeben worden. Die Deutsche Rodelmeisterschaft 1919/20 wird am Sonntag, den 1. Februar d. J., auf der Bahn in Ilmenau ausgefahren werden. Es ist anzunehmen, daß zahlreiche deutsche Rodlersleute sich um die wertvolle Trophäe bewerben werden, die zum ersten Male nach dem Kriege wieder ausgeschrieben worden ist. Auskünfte erteilt der Wintersportverein Ilmenau und Oberlehrer Sommerkalb in Ilmenau in Thüringen.

k. **Zur Groß-Berliner Sportsteuer.** Da die neue Vergnügungssteuer auch die Besteuerung sportlicher Veranstaltungen vorsieht (in der Steuerskala stehen sie zusammen mit Zirkusvorstellungen), hat der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen die Berliner Stadtverordnetenversammlung gebeten, daß Amateurveranstaltungen, die nicht zur persönlichen Bereicherung der Teilnehmer oder Veranstalter durchgeführt werden, im Interesse der Volkswohlfahrt von der Steuer befreit werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Valutasanierung

Nachdem vor kurzem die Richtlinien, die die Valutakommission sich aufgestellt hat, bekannt geworden sind und das erste sichtbare Zeichen eines leider recht spät einsetzenden Vorgehens gegen den dauernden Fall unserer Mark zu sehen ist, dürfte es wieder einmal an der Zeit sein, sich die letzte Entwicklung der Valuta ins Gedächtnis zu rufen. Der Fall der Mark ist seit Mitte Dezember endlich zum Stillstand gekommen. Die Gründe hierfür kann man darin erblicken, daß es endlich notdürftig gelungen ist, das „Loch im Westen" zu stopfen, und daß die Entente die Wiedereinführung der Goldzölle genehmigt hat. Jedoch erregt die dauernd größer werdende Inflation immer noch die Gemüter des Auslandes.

Nicht nur unserer Mark geht es schlecht, sondern auch den übrigen europäischen Finanzministern bereitet die Finanzlage ihrer Staaten mehr oder weniger Sorge, trotzdem sie mehr Fachkenntnisse besitzen, als unser Liebhaberfinanzminister. So richten sich ihre Blicke nun sehnsuchtsvoll auf das gelobte Land „Dollarika". Das aber will offiziell von nichts wissen. Sibit Lord Grey, der mit einem Anleihevorschlag an Amerika herumtrat, mußte mit leerem Beutel und traurigem Herzen wieder abziehen.

Anders das amerikanische Privatkapital. Es beginnt immer mehr zu spinnen, daß der hohe Dollarstand die eigene Ausfuhr stark behindert. Es will anscheinend durch große private finanzielle Trusts den europäischen Bankern Kontoffredite einräumen, um auf Grund der von Europa verpfändeten Sicherheiten ihre Obligationen in Amerika an den Mann zu bringen.

Wie diese Angelegenheit sich für Europa gestalten wird, haben wir vor kurzem in dem Aufsatz über die Versklavung Deutsch-Oesterreichs gezeigt. So wie dort Oesterreichs wertvolle Güter in die Hände der Entente übergehen, werden früher oder später die Güter Europas in die Hände des wahren Siegers im Weltkriege fallen.

Wenn es für uns irgendwie möglich wäre, uns aus unserer Valutanot aus eigener Kraft zu retten, so müßten wir es versuchen. Die Richtlinien, die die Valutakommission aufgestellt hat, lassen darauf schließen, daß bei unsern Fachleuten der Wille dazu vorhanden ist. Ob der Weg gegangen wird, wird von unserer Arbeiterschaft und unserer Regierung abhängen.

Hth.

* **Wechselkurs in Amerika.** Das Heeresamt in Washington setzte den Wechselkurs der deutschen Mark im Monat Januar für Heereszwecke auf zwei Cents fest. Vor dem Kriege erhielt man für eine Mark 24 Cents.

Steuerkurszettel zum Reichsnotopfer. Für die Veranlagung zum Reichsnotopfer ist nicht, wie vielleicht angenommen wird, der kürzlich veröffentlichte Steuerkurszettel zu den Kriegsabgabegesetzen maßgebend. Es wird vielmehr ein besonderer Steuerkurszettel nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 vorbereitet. Ein entsprechendes Ersuchen ist bereits an die Vorbereitungsstände ergangen. Man wird damit rechnen können, daß die vorläufige Festsetzung der Kurse nicht vor Ende Februar erfolgen wird. Wie bei dem Steuerkurszettel für die Kriegsabgabe wird auch dieser erst einen Monat später endgültig durch den Reichsrat festgesetzt werden. Für die Wertermittlung werden nicht unbedingt die Börsenkurse vom 31. Dezember 1919 angenommen. Die Ermittlung erfolgt vielmehr nach dem inneren Wert unter Ausschaltung spekulativer Momente. Aus dem Gesagten ersieht sich bereits, daß mit Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer voraussichtlich nicht vor April oder Mai d. J. gerechnet werden kann. Die Ausführungsanweisung zum Reichsnotopfer ist noch in Vorbereitung und bedarf noch ihrer Fertigstellung nach der Bestimmung des Reichsrats, so daß mit ihrer Veröffentlichung vor März d. J. nicht zu rechnen ist.

Steinkohlenbauverein Hohndorf. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß einstimmig die Liquidation des Steinkohlenbauvereins und genehmigte das Kaufangebot der Gewerkschaft Deutschland in Höhe von 1 478 250 M. neben Uebernahme sämtlicher Schulden. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt am 1. Februar 1920. Deutschland erwirbt den Steinkohlenbauverein Hohndorf zum Zwecke der bessern bergbaulichen Ausgestaltung.

Elektrolytkupfer (Notierung d. Ver. f. d. bt. Elektro-Notiz) 2450 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Spekulation legte sich bei Beginn des heutigen Börsenverkehrs, anscheinend in Zusammenhang mit den gegen das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes in Berlin vor dem Reichstagsgebäude geplanten Demonstrationen, einige Zurückhaltung auf, und fast schien es, als ob die Haussetendenzbewegung ein Dämpfer aufgesetzt erhalten hätte. Da aber wegen des erneuten Rückganges der deutschen Währung im Auslande Kaufluft für Auslands- und Valutapapiere erwachte, die Stoßtonung, Kanada und Baltimore ihre getrigen Einbußen zu ziemlich wieder wett machten, und als am Montanmarkt nach Ueberwindung der anfänglichen Einflüsterungen der Zug nach oben sich besonders für oberschlesische Werte recht kräftig durchsetzte, gewann die Tendenz auf der ganzen Linie wieder das bisherige feste Aussehen. Starke Kurssteigerungen erfuhren alle oberschlesischen Werte im Ausmaß von 10 Prozent und darüber im Zusammenhang mit der von der Großindustrie durchgeführten Bankgründung zur Stützung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien. Die anderen Montanpapiere wurden in diese Strömung einbezogen, so daß sich Kurssteigerungen bis zu 10 Prozent für einzelne Papiere ergaben. Elektrische und Farbwerte lagen im Gegentrieb hierzu ruhig, und vereinzelt kam es in letzteren zu Rückgängen infolge von Realisationen. Spezial- und Kaliwerte waren gleichfalls durchweg recht fest. Petroleumwerte vernachlässigt. Kolonialwerte waren ungefähr behauptet, aber Neu-Guinea waren sprunghaft steigend. Von heimischen Rentenwerten lagen preußische Papiere recht fest. Oesterreichische und ungarische Renten waren nahezu geschäftslos. Mexikaner bei Schwankungen weiter rückgängig.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt ist das Angebot in Hafer sehr knapp geworden, da sich die Erzeuger in den zu besetzenden Gebieten zurückhalten. Die Nachfrage bleibt sehr rege, hält, besonders auch von Westen. Die Folge war, daß die Preise sich erneut höher stellten. In Hülsenfrüchten war die Tendenz fest, besonders bessere Sorten wurden gern gekauft. Für Wicken und Lupinen mußten in den letzten Tagen wieder höhere Preise gezahlt werden. Für Speisekartoffeln stiegen die Preise bei knappen Angebot weiter. Heu und Stroh waren in der Preisbildung sehr fest.

Auszahlungen.

Berlin, 13. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1938,50	1941,50	Oesterreich abgst.	21,95	22,05
Dänemark	914,25	917,75	Wien	76,05	76,35
Schweden	1094,25	1095,75	Ungarn	25,35	26,05
Norwegen			Spanien	989,50	990,70
Schweiz	914,25	915,75	Finnland	189,75	190,25
Oesterreich	26,95	27,05			

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 13. Januar. Preise für 100 kg in Mark. Raffinadekupfer: 2325/2375. Orig.-Hütten-Weichblei: 910—920. Orig.-Hüttenrohzink: 510, desgl. im freien Verkehr: 380—390. Orig.-Hüttenaluminium: 3300—3800. Banca-Streits-Zinn: 7400—7600. 98/99% Hütten-Zinn: 7300—7350. 98%, 99% Rein-Nickel 4400. Antimon-Regulus: 1200.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 12. Januar. Weizen —.—. Mais: Januar 183,50. März —, Mai 134,50, Juli 132,75. Sept. —,—. Schmalz: Januar 24,90, März 24,90 Mai 25,22½, Juli —. Sept. —,—. Pork: Januar 58,50 März —, Mai 58,50, Juli —. Sept. —,—. Rippen: Jan. 19,50 März 20,40, Mai 20,70, Juli 20,79, Sept. —,—. Hafer: Jan. —,—. März —,—, Mai 83,00, Juli 77,—. Sept. —,—.

New-York, 12. Januar. Winter- und Sommerweizen: —,—. Mais: loko 170,25. Mehl: 9,75—10,50. Schmalz: 24,30. Zucker: —,—. Kaffee: 16½.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	73,00	Deutsche Erdöl	523,—
5% Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Gasglühl.	510,—
4 „ „	64,40	Deutsche Kali	270,—
3½ „ „	59,00	Deutsche Waff. u. Mun.	257,—
3 „ „	64,70	Donnersmarkhütte	296,00
4 Preuss. Konsols	65,75	Döring u. Lehrmann	125,25
3½ „ „	55,55	Dürkoppwerke	279,—
3 „ „	51,60	Elberfelder Farben	321,—
4 Charl. Stadtanl. 09/09	—,—	Engelhardt Brauerei	345,—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	278,75
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	166,—
4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe	99,90	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100,00	Gebhardt u. König	188,—
4% Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Geisenkirch. Bergb.	342,—
4 „	—,—	Glanzstoff Zuckerfbr.	362,—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	107,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	25,50	Hann. Masch.	420,—
4 Ungar. Gold-Rente	65,75	Harpener Berg	350,00
4 Ungar. Kronen-Rente	33,00	Hasper Eisen	315,—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	292,50
Halberstadt-Blankenb.	78,—	Höchster Farbw.	302,50
Halle-Hettstedter	90,—	Hoesch Eisen u. Stahl	—,—
Schantungbahn	595,00	Hohenlohe-Werke	182,—
Allg. Lokal-Str	129,00	Humboldt-Masch.	140,—
Gr. Berl. Str.	126,—	Ilse-Bergbau	44,0—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	450,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	—,—	Kaliw. Aschersleben	286,—
Orientbahn	414,—	Körbisd. Zucker-Akt.	295,—
Schiffahrts-Akt.:		K. u. Thüsserhütte	179,50
Hamburg Paketfahrt	130,½	Lahmeyer u. Co.	155,—
Hambg.-Südamerika	242,00	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Hansa-Dampfschiff	38,00	Lauchhammer	210,00
Nordd. Lloyd	145,25	Laurahütte	196,—
Banken:		Lingel, Erfurt	250,—
Bank für Thür.	138,—	Linke u. Hofmann	410,00
Berl. Handelsges.	167,—	Ludwig Loewe	258,00
Comm. u. Diskontobank	138,25	Lothringer Hütte	264,—
Darmstädter Bank	128,75	Mannesmannröhren	271,00
Dess. Landesbank	110,—	Maschinenfabr. Buckau	190,—
Deutsche Bank	273,00	Oberschl. Eisenb.-Bed.	178,—
Diskonto-Comm.	184,½	do. Caro Heg.	203,—
Dresdner Bank	157,00	do. Kokswerke	230,—
Credit-Anst. Leipzig	144,½	Orenstein u. Koppel	250,—
Mitteld. Kredit	132,—	Phönix-Bergb.	813,—
„ Privat-Bank	127,—	Rhein. Metall-Vorz.	258,75
Nationalbank	130,50	Rhein. Stahlwaren	240,—
Oesterr. Kredit	111,00	Riebeck. Montan	294,75
Reichsbank	144,50	Rombacher Hütten	247,50
Industrie-Aktien:		Rositzer Braunk.	210,00
Schultheiss-Brauerei	250,—	Rositzer Zucker	178,—
Akt. f. Anilin	290,—	Sangerhäuser Masch.	—,—
Allgem. Elektr.-Ges.	254,½	Hugo Schneider u. Co	228,—
Ammendorfer Papierf.	550,00	Schwartz u. Co.	164,25
Anhalter Kohlenw.	238,—	Siemens u. Halske	396,—
Annaberger Steingut	140,—	Stettiner Chamotte	252,00
Badische Anilin	427,—	Stettiner Vulkan	242,—
Bergmann Elekt.-Akt.	210,50	Stollberger Zinkh.	552,25
Berl. Masch.-Ban	254,—	Strals. Spielkarten	—,—
Bismarckhütte	294,75	„Teutonia" Samen A.-G.	350,—
Boehmer Gußstahl	260,—	Thale-Eisenhütte	340,50
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Triptis-Akt.-Ges.	270,—
Chem. Griesheim	254,75	Türkische Tabakregie	110,5
Chem. v. Heyden	3,50	Ver. Köln-Rottweiler	259,—
Consolidation Schalke	268,—	Glanzstoff Elberf.	—,—
Crollwitzer Papierfabr.	—,—	Wegelin u. Hübner	175,—
Daimler-Motoren	270,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsch-Luxemburg	240,—	Westeregeln-Alkali	374,—
Deutsche Uebersee-El	726,50	Wittener Gußstahl	234,—
		Wrede-Mälzerei	116,—
		Zeitzer Masch.	240,—
		Zellstoff Waldhof	333,—
		Otavi-Minen	80,—

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter Helmut Rüttcher.
Verantwortlich für Politik Helmut Rüttcher für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Hetling; für den redaktionellen übrigen redaktionellen Teil: A. H. Erich Hettstedt.
Anzeigenteil: Wilh. Korthen sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001141-16/fragment/page=0004